

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Ursula Engelen-Kefer zur achten Novelle des Arbeitsförderungs-gesetzes: Soziale Sicherung der Arbeitslosen verbessern.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB zur Lage in Afghanistan: Schicksal des Landes ist mit der Weltpolitik verbunden.

Seite 3

Magdalene Hoff MdEP zur zweiten Lesung des EG-Haushaltes 1987 im Finanzminis-terrat: Bonn verhindert EG-Agrarreform.

Seite 4

Karsten D. Voigt MdB zur Kritik der „Grünen“ an der Sicherheitspolitik der SPD: Rückfall in den Fundamen-talismus (Teil IV und Schluß).

Seite 5

Peter Kurz zum NS-Rummel in Berchtesgaden: Strauß fühlt sich nicht zuständig, dagegen einzuschreiten.

Seite 6

41. Jahrgang / 228

28. November 1986

Die soziale Sicherung der Arbeitslosen verbessern

Schwerpunkte einer 8. Novelle des Arbeitsförderungs-gesetzes

Von Dr. Ursula Engelen-Kefer
Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Die insbesondere durch steigende Langfristarbeitslosigkeit und die gesetzlichen Verschlechterungen der Leistungen an Arbeitslose entstandene Rücklage der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von zur Zeit rund 5,5 Milliarden DM sollte im Sinne der Entschließung des Verwaltungsrates der BA zuvörderst der Verbesserung der sozia-len Sicherung der Arbeitslosen und dem Ausbau der aktiven arbeits-marktpolitischen Instrumente zugute kommen. Bei Fortbestehen der geltenden Gesetze würde sich bei gleichzeitiger weiterer Ver-schlechterung der Situation der Arbeitslosen nur die Rücklage weiter erhöhen.

Die gegenwärtigen öffentlichen Vorschläge zur Verbesserung des AFG durch eine „8. Novelle“ gleichen einem Warenhauskatalog. Nach bisherigen Überlegungen in der Selbstverwaltung der BA, dem hierfür zuständigen Organ der Bundesanstalt, zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:

- Die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges kann den ne-gativen finanziellen Folgen der Langfristarbeitslosigkeit ent-gegenwirken. Allerdings dürfen die Grenzen der Wirksamkeit einer derartigen Maßnahme nicht übersehen werden. Die bis-herigen Verlängerungen des Arbeitslosengeldbezuges für ältere Arbeitslose seit 1985 haben für 70.000 Arbeitslosengeldempfän-ger die Verringerung auf Arbeitslosenhilfe beziehungsweise den Ausschluß von Arbeitslosenunterstützungen vermieden. Der seit Jahren anhaltende Rückgang des Anteils der Arbeitslosengeld-bezieher, an den registrierten Arbeitslosen konnte erst seit we-nigen Monaten gestoppt werden.
- Nicht verständigen kann sich die Selbstverwaltung auf die Ein-führung eines sogenannten Anschlußarbeitslosengeldes (Alg II) vor dem Arbeitslosenhilfebezug. Hierdurch würden nicht nur zwei Klassen von Arbeitslosengeldbeziehern entstehen, sondern

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Umweltfreundlich
aus wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



die Kosten für die Finanzierung von Langfristarbeitslosigkeit von den Steuerzahlern auf die Beitragszahler verlagert. Bereits jetzt ist kaum mehr vertretbar, daß die Beitragszahler - Arbeitnehmer und Arbeitgeber - allein für die Finanzierung des von ihnen nicht beeinflussbaren und vertretbaren Risikos der Arbeitslosigkeit verantwortlich sind.

- Durch eine Verkürzung der Anwartschaftszeiten (beitragspflichtiger Beschäftigungszeiten) zum Leistungsbezug von derzeit 360 auf 180 Tage (wie vor 1982) könnten insbesondere Berufsanfänger Frauen und Mehrfacharbeitslose mit kurzen Beschäftigungszeiten die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung und damit auch eine Einstiegsmöglichkeit in die Förderungsmaßnahmen des AFG erhalten.
- Eine umfassendere finanzielle Verbesserung wäre die Veränderung der Relation Beitragszeit zu Leistungsbezugszeit von gegenwärtig 3 zu 1 auf 2 zu 1 (das heißt in Zukunft: zwei Jahre und nicht mehr wie jetzt drei Jahre Beiträge für ein Jahr Arbeitslosengeldbezug). Dies würde jedoch wegen der hohen Kosten den Handlungsspielraum für weitere Verbesserungen des AFG stark einschränken.
- Generell befürwortet werden die Verlängerung und Verbesserung des Vorruhestandsgesetzes. Hierbei ist meines Erachtens jedoch nicht nur die Erhöhung der Zuschüsse an die Arbeitgeber, sondern vor allem eine Erhöhung des Vorruhestandsgeldes anzustreben. Die Übertragung der finanziellen Lasten für eine Erhöhung des Zuschusses an die Arbeitgeber - finanziert durch die Bundesanstalt und damit die Beitragszahler - ist nur dann zu rechtfertigen, wenn durch Einstellung Arbeitsloser Kosten bei der Bundesanstalt eingespart werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß seit Inkrafttreten der Vorruhestandsregelung im Mai 1984 bis zum Oktober 1986 bei insgesamt 44.400 Vorruhestandsfällen für die Zuschüsse beantragt und gezahlt wurden, lediglich 13.250 Arbeitslose durch die Arbeitsämter vermittelt werden konnten. Zwei Drittel der freigewordenen Arbeitsplätze wurden mit Arbeitslosen ohne Einschaltung der Arbeitsvermittlung und Auszubildenden, die ansonsten nicht übernommen worden wären, besetzt. Hierbei sind Mitnahmeeffekte trotz größter Bemühungen der Arbeitsämter nicht auszuschließen.
- Vom Prinzip her positiv, wenn auch zum Teil nur mittelfristig realisierbar, erscheinen Vorschläge zur Einführung eines Übergangskurzarbeitergeldes zur Förderung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Damit soll älteren Arbeitnehmern ab 57 Jahren, die bereit sind, von einer Vollzeit- auf eine Teilzeittätigkeit zu wechseln, für den arbeitsfreien Teil Kurzarbeitergeld gezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist, daß in die freigewordene Tätigkeit ein Arbeitsloser eingestellt wird, für den dann die Kosten der Arbeitslosenunterstützung entfallen.
- Die Selbstverwaltung befürwortet darüber hinaus die schrittweise Wiederherstellung der vollen, auf die Bruttoeinkommen bezogenen Beitragsleistungen für Arbeitslose an die Rentenversicherung.

Diese Vorschläge zur Verbesserung des AFG, so diskussionswürdig und verbesserungsfähig sie auch noch sein mögen, dürften dem notwendigen Handlungsbedarf angemessener sein als jüngste Versuche des Instituts für Demoskopie - Allensbach, durch meines Erachtens falsche Schuldzuweisungen an die Arbeitslosen das Arbeitslosenthema im Wahlkampf zu „entschärfen“.

(-/28.11.1986/vo-he/rs)

* * *

Auch Afghanistan braucht die Entspannung

Das Schicksal des Landes ist mit der weltpolitischen Lage verbunden

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als „Kreuzfahrer des Friedens“ begrüßte der indische Ministerpräsident Rajiv Gandhi den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, der in diesen Tagen mit einer hochrangigen Delegation den Subkontinent besucht. Vor der Ankunft des hohen Gastes freilich waren die 6.000 afghanischen Flüchtlinge, die in Indien leben - eine kleine Gruppe angesichts der weltweit circa fünf Millionen geflohener Afghanen -, vorsorglich unter Hausarrest gestellt worden: Sie hätten durch Demonstrationen in Erinnerung rufen können, daß Gorbatschows Soldaten einen brutalen, menschenrechtsverletzenden Krieg gegen die Afghanen führen, die sich mit einer auf die Gewalt fremder Waffen gestützten Herrschaft nicht abfinden wollen.

Es mag sein, es ist sogar wahrscheinlich, daß sich die Sowjetunion gerne aus Afghanistan zurückziehen würde. Zu hoch sind die wirtschaftlichen, politischen und menschlichen Kosten des Krieges. Unverkennbar aber bleibt ein möglicher Rückzug an die Bedingung geknüpft, daß sich das moskautreue Regime halten kann. Darauf deutet auch hin, daß Babrak Karmal, im Mai bereits als Parteichef abgesetzt, nun auch sang- und klanglos des letzten der ihm verbleibenden Ämter, der Präsidentschaft, entkleidet wurde.

Nicht nur, daß er, der mit den russischen Panzern nach Afghanistan zurückkehrte, allzu deutlich der Statthalter Moskaus war. Er hat es auch offensichtlich nicht verstanden, die Doppelstrategie mit ausreichendem Nachdruck und Erfolg durchzusetzen, auf die Moskau derzeit zu setzen scheint: Auf der einen Seite wird der Kampf gegen die Mudjaheddin fortgesetzt, eher noch intensiviert; auf der anderen Seite werden Versuche unternommen, Teile der des Kriegs überdrüssigen Bevölkerung wenn nicht zur Unterstützung, so doch zur Duldung des Regimes zu bewegen. Das Umwerben der islamischen Geistlichkeit steht ebenso für diesen strategischen Ansatz wie die Tatsache, daß ein nichtkommunistischer Amtsverwalter für das Präsidentenamt benannt wurde.

Ob diese Strategie erfolgreich sein wird, ist zumindest fraglich. Sicher ist nur, daß der grausame Krieg in Afghanistan und auf Kosten des afghanischen Volkes so lange andauern wird, so lange nicht weltpolitisch eine neue Phase der Entspannung die gegenwärtige Konfrontation der Supermächte ablöst.

Diese Phase herbeiführen zu helfen, ist ebenso unsere Aufgabe wie die Sorge dafür, daß die sowjetische Besetzung Afghanistans nicht in Vergessenheit gerät und weiterhin als das bezeichnet wird, was sie ist: als Skandal.

(-/28.11.1986/vo-he/rs)



Bonn verhindert EG-Agrarreform

Zur zweiten Lesung des EG-Haushaltes 1987 im Finanzministerrat

Von Magdalene Hoff MdEP
Mitglied des EP-Haushaltsausschusses
Mitglied des SPD-Vorstandes

In der 2. Lesung des Rates haben sich unter Führung der deutschen Ratsdelegation die Verhinderer einer Agrarreform erneut durchgesetzt.

- Kommission und Parlament hatten gefordert, daß bereits in einem Nachtragshaushalt 1986 Einsparungen, insbesondere bei den Agrarausgaben, vorgenommen werden. Obwohl die Engländer und Spanier im Ministerrat diese Forderung unterstützten, scheiterten Ratsbeschlüsse am deutschen und französischen Widerstand.
- Für den Haushalt 1987 hatte das Parlament in seiner 1. Lesung beschlossen, durch zusätzliche Kürzungen der Milchquoten rund 600 Millionen ECU einzusparen. Außerdem wurde - in Ausführung des HOFF-Berichtes zur Lagerhaltung - ein Sonderprogramm zum Abbau der landwirtschaftlichen Überschüsse gefordert.
- Angesichts jährlicher Ausgaben der Gemeinschaft von rund vier Milliarden ECU allein für die Kosten der Lagerhaltung ist dieses Sonderprogramm zum Lagerabbau auch dringend notwendig. Das Lagerabbauprogramm sollte nach den Beschlüssen des Parlaments durch eine Sonderfinanzierung der Mitgliedsstaaten von 2,5 Milliarden ECU ermöglicht werden.

Der Budgetrat hatte beide Agrarreformvorschläge abgelehnt. Bei der Milchquotenkürzung wurde das Problem wiederum vertagt und an den Agrarrat weitergeschoben. Mit diesem Vorgehen geht das Schwarze-Peter-Spiel zwischen EG-Finanzministern und EG-Agrarministern weiter. Damit verstößt der Rat erneut gegen seine eigenen Regeln zur Haushaltsdisziplin, die sicherstellen sollten, daß die Agrarausgaben nicht schneller wachsen als die eigenen Einnahmen.

Bei dem Sonderprogramm zum Lagerabbau setzte der Rat zwar eine neue Haushaltszeile ein, sieht dafür aber keine Finanzen vor.

Eine derartige Politik grenzt schon an „Roßtäuscherei“. Wie sollen die Butter-, Milch- und Milchpulverüberschüsse verwertet werden, wenn es keine Gelder für die Abbaumaßnahmen gibt?

Zusammenfassend heißt die Ratsentscheidung, daß die Agrarausgaben auch die unsinnigen und verschwenderischen Lagerhaltungsausgaben mit allen Mitteln geschützt werden. Bezahlen sollen diese Rechnung Menschen in den benachteiligten Gebieten der Gemeinschaft. Arbeitslose und die Hungernden der Dritten Welt. Die agrarorientierte Ratsmehrheit hat nämlich genau hier mit Kürzungen angesetzt und insbesondere die sozial-, regional- und entwicklungspolitischen Anträge des Parlaments zusammengestrichen.

Wer in diesen Wochen als Politiker ein klares Wort sagt, läuft Gefahr, einer Wahlkampf-Überzeichnung geziehen zu werden. Aber selbst bei kühler Betrachtungsweise kann man angesichts der EG-Finanzen keine andere Analyse aufstellen. Wie dramatisch die Situation ist, erkennt man auch daran, daß Gerhard Stoltenberg und seine Kollegen unfähig waren, einen Nachtrags- und Ergänzungshaushalt für 1986 vorzuschlagen. Und dies, obwohl die Kommission bereits ein Defizit von fast drei Milliarden DM (1,3 Milliarden ECU) angemeldet hat. Die Finanzminister wehren mit allen Mitteln den Offenbarungseid ab. Aber sie werden von der grausamen Wirklichkeit eingeholt und hoffentlich zur Verantwortung gezogen.

(-/28.11.1986/vo-he/rs)

* * *



Der volle Rückfall in den Fundamentalismus (Teil IV)

Zur sicherheitspolitischen Kritik der „Grünen“ an der SPD

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

V. Eine „Grüne“ Strategie

Die „Grünen“ sehen ihre Vorschläge als

„ein internationales Konzept, es rechnet mit dem Druck der Basisbewegungen in Ost und West, die sich wechselseitig in ihrem Bemühen um Abrüstung stärken“ (S. 67).

Die „Grünen“ glauben,

„daß einseitige Abrüstung auf westlicher Seite die Stellung der autonomen Friedensbewegungen in Osteuropa stärkt, weil sie wesentlichen Begründungsmustern für deren Unterdrückung die Glaubwürdigkeit entzieht“ (S. 67).

Daß der Unterschied der gesellschaftlichen Systeme auch zu einer unterschiedlichen Ausdrucks- und Einflußmöglichkeit autonomer Friedensbewegungen führt, wird nicht reflektiert. Vertragspolitik spielt bei der grünen Strategie folglich eine minimale Rolle:

„Ergebnisse... des mehrseitigen-einseitigen Abrüstungsprozesses können und sollten allerdings selbstverständlich festgeschrieben werden. Aber das Entscheidende sind die einseitig durchgeführten Maßnahmen, Verhandlungen und Verträge haben nur mehr Hilfsfunktion. Mensch sieht: Wir gewichten grundlegend anders als die Sozialdemokraten, für die einseitige Maßnahmen nur sehr begrenzt Hilfsfunktionen für den von ihnen angestrebten Rüstungssteuerungsprozeß haben können“ (S. 67).

Diese Strategie läßt sich aber - aus der Sicht der „Grünen“ - nicht durch Kompromißfähigkeit verwirklichen, sondern

„wir wissen, daß wir unsere Ziele nur erreichen können über Streit und Krach innenpolitisch und ‚im Bündnis‘ über Auseinandersetzungen mit und Abkoppelung von den USA...“ (S. 75).

„Krach im Bündnis schrecken uns nicht, sondern werden bewußt von uns in Kauf genommen“ (S. 78).

Die „Grünen“ wollen:

„den Bruch mit der Logik des Abschreckungssystems, die Abkoppelung vom US-Nuklearschirm, Entnuklearisierung der BRD, Abrüstung und nicht Umrüstung der bundesdeutschen Streitkräfte, letztlich Abschaffung der Bundeswehr und Einführung der Sozialen Verteidigung“ (S. 77).

Über eine mögliche Vereinbarkeit von sicherheitspolitischen Konzeptionen der SPD und der „Grünen“, in Bezug auf eine rot-grüne Koalition auf Bundesebene sagen die „Grünen“ selber:

„Es ist unumstößlich: Wir werden uns nicht dazu hergeben, eine je auch immer verbrämten Aufrüstungs- und Pro-NATO-Kurs zu unterstützen und mitzutragen. Wir können nur eine Regierung tolerieren, die deutliche Zeichen setzt, daß die Bundesrepublik gewillt und dabei ist, eine grundlegende neue Außen- und Friedenspolitik einzuleiten - eine Politik der einseitigen Abrüstung, der Nicht-Bedrohung und der Blockauflösung“ (S. 79).

Solange die „Grünen“ auf diesen Positionen beharren, ist eine Brücke zum friedenspolitischen Konzept des Nürnberger Parteitages der SPD nicht gegeben.

Da diese Broschüre der „Grünen“ nach ihrer Nürnberger Bundesdelegiertenversammlung veröffentlicht wurde, verstärkt sich der Eindruck, daß das Angebot zur Zusammenarbeit mit der SPD von der Mehrheit der „Grünen“ bisher gar nicht ernst gemeint ist, sondern nur das Ergebnis eines parteitaktischen und wahltaktischen Kompromisses zwischen Befürwortern und Gegnern einer Koalition mit der SPD widerspiegelt. (-/28.11.1986/vo-he/rs)

* * *



NS-Rummel in Berchtesgaden

Doch Strauß fühlt sich nicht zuständig dagegen einzuschreiten

Von Peter Kurz
Mitglied des SPD-Landesvorstandes Bayern

„Der Führer lebt“ - ist es in den Stollen der ehemaligen Nazi-Bauwerke auf dem Obersalzberg in Berchtesgaden zu lesen. Der Geist des „Führers“ lebt auch weiter in obskuren Hitler-Biographien, in braunen mehrsprachigen Broschüren, die in Berchtesgadener Kiosken zum Kauf feilgeboten werden. Doch der bayerische Ministerpräsident Strauß fühlt sich nicht zuständig, gegen diese Nazi-Propaganda und Hitler-Nostalgie Maßnahmen zu ergreifen. Schlimmer noch: Als ich im Sommer den NS-Rummel angeprangert hatte und den bayerischen Ministerpräsidenten in einem Brief bat dagegen einzuschreiten - sprach dieser von „Wahlkampfagitator“.

Schließlich meinte die Staatskanzlei, sich aus der Affäre ziehen zu können, indem sie in dieser Sache der „falsche Adressat“ zu sein glaubt. Sie leitete meinen Brief an die Ihrer Ansicht nach „zuständige Behörde“, das Landratsamt Berchtesgadener Land, weiter. Dies, obwohl ich darauf hingewiesen hatte, daß weder die Gemeinde Berchtesgaden, noch das örtliche Landratsamt und der Fremdenverkehrsverband - sinnigerweise ist der Landrat des Berchtesgadener Landes dessen Vorsitzender - seit Jahren nichts gegen die Schönzeichnungen der NS-Diktatur unternommen haben. Sonst ist die CSU-Staatsregierung auch schnell bei der Hand, schafft sich ein Selbsteintrittsrecht, um solche für sie mißliebige Landräte wie Hans Schuierer aus Schwandorf zu disziplinieren. Die CSU-Staatsregierung denkt offensichtlich auch eher daran, den Kampf gegen sogenannte „linke Lehrer“ aufzunehmen, als die braune Hochglanzpapierflut in Berchtesgaden einzudämmen.

Ich habe daher jetzt Ministerpräsident Strauß erneut einen Brief geschrieben. Darin heißt es unter anderem: „Für empörend halte ich Ihre Unterstellung einer Wahlkampfagitator, zumal ich Ihnen nachgewiesen hatte, daß ich seit Jahren versuche, diese schädlichen Machenschaften zu unterbinden. Vom bayerischen Ministerpräsidenten hätte ich erwartet, daß er zum Beispiel sein Eintreten für eine Olympiabewerbung Berchtesgadens von einem energischen Einschreiten der Gemeinde gegen diese schädliche braune Papierflut an allen Kiosken abhängig macht und dem Bürgermeister der Markt-gemeinde verdeutlicht, daß er kein idealer Repräsentant einer Olympiabewerbung ist, solange sein Familienbetrieb solche Schriften druckt beziehungsweise verlegt...“

(-/28.11.1986/fr/rs)

* * *